

Redaktioneller Teil.

(Nr. 191.)

Bekanntmachung.

Die Börsenblatt-Bezugsgelder für Monat November erbitten wir auf Postcheckkonto Leipzig 13463 oder durch Kommissionär bis 10. November. Für alle bis dahin nicht bezahlten Stücke muß die Lieferung sofort eingestellt werden, weil uns Sparmaßnahmen an Papier, Druck und Versandspeisen dazu zwingen.

Die Preise sind folgende:

Für Mitglieder nach wie vor ein Stück kostenlos, weitere Stücke Grundzahl 1.50 mal Schlüsselzahl;

Nichtmitglieder Grundzahl 4.— mal Schlüsselzahl.

Kreuzbandbezieher haben außerdem die Portokosten und Versandspeisen zunächst pauschal zu erstatten. Mehrkosten werden erhoben.

Jeder Ausgleich hat zur Schlüsselzahl des Zahlungstages zu erfolgen.

Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Dr. Heß, Syndikus.

An alle Herren Verleger!

Wir nehmen nochmals Bezug auf unsere Bekanntmachungen im Vbl. Nr. 202 und 225, ersuchen, uns Ihren äußersten Umrrechnungsmodus an die Hand zu geben, und bitten, uns 200 Verlagsverzeichnisse, mit Grundzahlen versehen, zuzusenden, die wir für unsere Mitglieder benötigen.

Diese unsere Bekanntmachung bitten wir zu beachten.

Dug, am 24. Oktober 1923.

Verband der Deutschen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler in der tschechoslowakischen Republik, Sitz Dug.

Scheithauer.

Die Versammlung der Kreisvereinsvertreter am 21. Oktober 1923 in Leipzig.

Die Hauptergebnisse der Versammlung der Kreis- und Ortsvereinsvertreter, die auf Veranlassung des Vorstandes des Verbands der Kreis- und Ortsvereine Sonntag, den 21. Oktober, in Leipzig stattgefunden hat, sind aus den Bekanntmachungen im Vbl. Nr. 250 vom 25. Oktober schon zu ersehen gewesen. Über die Verhandlungen selbst sei kurz nachstehend noch das Wesentliche nachgetragen.

Vertreten waren die Kreis-(Orts-)Vereine: Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Kreis Norden, Hannover-Braunschweig, Rheinland-Westfalen, Sachsen-Thüringen, Mitteldeutschland, Bayern, Württemberg, München, Frankfurt a. M., Hamburg-Altona, Berliner Vereinigung, Dresden, Leipzig, ferner der Börsenverein, der Verlegerverein, die Gilde, der Verein Leipziger Kommissionäre, der Verein der Deutschen Musikalienhändler, der Verein der Reise- und Versandbuchhandlungen und der seltländische Buchhändlerverein. Den Vorsitz führte, in Vertretung des leider durch Krankheit verhinderten Herrn Hofrats Dr. Meiner, der 2. Vorsteher des Börsenvereins Herr Röder. Auf der Tagesordnung standen: 1. Fragen des Schlüsselzahlensystems; 2. der buchhändlerische Abrechnungsverkehr; 3. die Finanzlage des Börsenvereins; 4. der Spesenanschlag des Sortimenters; 5. Buchpropaganda.

Nach den einleitenden Begrüßungsworten des Herrn Röder wurden die Beratungen über den ersten Punkt der Tagesordnung mit einem kurzen Referat des Herrn Dr. Menz eröffnet, dessen Niederschlag im wesentlichen in den Ausführungen »Zur Schlüsselzahl« an der Spitze der »Kleinen Mitteilungen« im Vbl. Nr. 250 vom 25. Oktober zu finden war. Eine zum

Schluß der Aussprache angenommene Entschließung brachte zum Ausdruck, daß man die Zeit für den Übergang zur reinen Goldrechnung im Augenblick für den Buchhandel noch nicht für gekommen sehe; man wollte vielmehr an dem Gedanken der Schlüsselzahl an sich noch festhalten. Das Verfahren sollte aber so geändert werden, daß die leztthin beschlossene, praktisch aber als undurchführbar erwiesene Verbreitung der Schlüsselzahl durch die Tagespresse wegen aller damit verbundenen Nachteile entbehrlich würde. Auf Grund dieser Anregungen hat dann der Vorstand des Börsenvereins im Einvernehmen mit den Vorständen des Verlegervereins und der Gilde wie des Musikalienverleger- und des Musikalienhändlervereins die Regelung beschlossen, die im Vbl. Nr. 250 bekanntgegeben worden ist. Damit dürfte die für die nächste Zeit befriedigende Lösung gefunden sein. Sobald die deutsche Wirtschaft ein wirklich wertbeständiges Zahlungsmittel erhält, wird die Frage der etwaigen Umstellung des Schlüsselzahlensystems darauf weiter geprüft werden können.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab Herr Dr. Heß das einleitende Referat. Die Aussprache, die reiches Material zur Beurteilung der Lage im Verlag wie im Sortiment zusammenbrachte, konzentrierte sich mehr und mehr auf die Festlegung des Begriffs »Zahlungstag«, namentlich für den Postchecküberweisungsverkehr. Als Zahlungstag kann selbstverständlich nur der Tag gelten, an dem tatsächlich der Entschluß zur Zahlung in die Tat umgesetzt wird, und für alle Zahlungen ist naturgemäß nur die an diesem Tag gültige Schlüsselzahl in Anwendung zu bringen. Irrendwelsche Rückdatierungen und die Zahlung zu irgendeiner früheren Schlüsselzahl, sei es mit welchem Versuch einer Begründung auch immer, sind unstatthaft, weil für den Verlag unerträglich und wohl auch mit Treu und Glauben unvereinbar. Doch ist nach der anderen Seite der Schluß aus einem Widerspruch zwischen dem Schlüsselzahldatum und dem Überweisungspoststempeldatum auf eine solche unzulässige oder böswillige Rückdatierung noch nicht ohne weiteres berechtigt. In den meisten Fällen wird selbst in Orten mit einem Postcheckamt eine nachmittags ausgegebene Überweisung stets erst den Stempel des nächsten Tages erhalten. Für Orte ohne Postcheckamt dürfte die Differenz regelmäßig zwei Tage betragen; für solche Orte im besetzten Gebiet kann die Differenz noch größer werden, wenn besondere Störungen vorliegen. Der Verlag wird also diesen Umständen Rechnung tragen müssen, zumal da ja das Sortiment nicht voraus wissen kann, wann die Stempelung bei der Post erfolgt und welche Schlüsselzahl dann gelten wird, vielmehr eben immer nur zur Schlüsselzahl seines wirklichen Zahlungs-(Anweisungs)tages zu zahlen vermag. Die Bekanntmachung vom 25. Okt. (Vbl. Nr. 250) hat die entsprechende Formel dafür gefunden. Sie konnte im übrigen feststellen, wie es sich in der Sonntagsversammlung gezeigt hatte, daß nach erfolgter Aussprache die Richtlinien sich doch als das erwiesen haben, was allein heute dem Buchhandel einen einigermaßen einheitlichen Zahlungsverkehr zu erhalten vermag, sodaß zu allseitiger Anerkennung aufgefordert werden kann und muß. Dabei betonten allerdings die Sortimentersvertreter, als sie sich für die Richtlinien aussprachen, selbstverständlich müsse ihre unverkürzte Anwendung vom Verlag gewährleistet werden, wie dessen Vertreter andererseits sich dazu bereit erklärten, sofern nur die Opposition im Sortiment aufhöre. In der weiteren Aussprache spielten bei diesem Punkt noch die Zeitschriften-Fortsetzungslieferungen eine besondere Rolle, da hier seitens der Bibliotheken und ähnlicher Bezieher Schwierigkeiten gemacht würden, namentlich wenn vom Verlag solche Lieferungen nicht mehr unverlangt, sondern nur noch auf besondere Mahnung hin erfolgten. Lösung scheint ein von Herrn Dr. Siebeck vorgeschlagenes Verfahren zu versprechen, der solche Fortsetzungen stets durch Vorkaufanträge anzeigt. Manche Schwierigkeiten könnten auch vermieden werden, wenn der Ausdruck von Preisen oder bestimmter Schlüsselzahlen auf den Zeitschriften unterbliebe.

Bei diesem Punkt der Tagesordnung wurde dann auch die Frage des Fortbestehens der VAG berührt. Herr Ro-